



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21021 - 23
Fernschreiber 0886890

P/XIII/141 - 27. Juni 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Merkwürdige Praktiken Blick hinter die Kulissen der Regierungspropaganda	82
2a	Verschärfung des Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen Kopf-an-Kopf-Wetten - Erwöse CDU	54
3 - 4	Indien sucht einen Ausweg Die Rolle der indischen Sozialisten - Wer wird Nehrus Nachfolger?	75
5 - 7	Stachelzeit und Todeszone Sechs Millionen Menschen leben in der Bundesrepublik im Schatten der Tonengrenze Eine Reportage von Günther Paschner	150

* * * *

* * *

27. Juni 1958

Merkwürdige Praktiken

W.F. Bei der Beratung des Etats des Bundeskanzleramtes haben sozialdemokratische Sprecher auch die Tätigkeit des Presse- und Informationsamtes einer Kritik unterzogen. Dabei wurde an Hand zahlreicher Beispiele nachgewiesen, dass über dieses Amt trotz vieler früherer begründeter Einwände weiterhin Steuernittel für parteipolitische Zwecke ausgegeben werden. Die fortgesetzte Missachtung der gebotenen Objektivität des Regierungsbuletins und die an Zahl zunehmenden restaurativen Auswüchse in Publikationen, die aus den Mitteln des Presse- und Informationsamtes finanziert oder subventioniert werden, vermochten aber die CDU nicht zu der seit langem notwendigen Konsequenz der Zurückführung des Presse- und Informationsamtes auf die ihm ursprünglich gestellten Aufgaben und demgemäss zur Verminderung des aufgeblähten Apparats zu bewegen.

Presseamt fördert Wahlpropaganda

Das ist gewiss bedauerlich. Denn inzwischen finden sich ständig neue Beispiele für die fragwürdigen Praktiken dieses dem Bundeskanzler unterstellten Amtes. In Nordrhein-Westfalen prangen seit Wochen riesige Plakate mit dem Kopf Adenauers an den Litfaß-Säulen, mit denen der Unruhe der Bevölkerung über die Atomrüstungspolitik der CDU entgegengewirkt und von der schwierigen Position der CDU im Landtagswahlkampf abgelenkt werden soll. Die enormen Kosten für diese Plakate trägt das Presse- und Informationsamt. Gleichzeitig findet man weitere drei Plakate mit CDU-Propaganda in der Atomfrage, als deren Herausgeber ein anonymes "Arbeitskreis für wirtschaftliche Stabilität und Sicherheit", kurz AWISTA, genannt wird. Manches spricht dafür, dass auch hinter diesen Plakaten das Presse- und Informationsamt steht.

Peinliche Frühzündung

In den letzten Tagen erschien in den grösseren Zeitungen eine kostspielige Anzeige der AWISTA, in der den Gegnern der Adenauer'schen Atombewaffnungspolitik mit fadenscheinigen Gründen und falschen Argumenten unterstellt wird, sie bezöge ihre Parolen von Ulbricht. Diese Anzeige erschien am 12. Juni erstmalig in der "Frankfurter Allgemeinen". Merkwürdigerweise beginnt sie mit den Worten, das Volksbefragungsgesetz der SPD sei vom Bundestag abgelehnt worden, obwohl an diesem Tage die Debatte des Bundestages noch gar nicht stattgefunden hatte und die Ablehnung dementsprechend noch gar nicht gefasst sein konnte! Erst am 13. Juni befasste sich der Bundestag mit dem SPD-Gesetzentwurf und erst an diesem Tage lehnte die CDU-Mehrheit das Gesetz ab.

Was noch eigenartiger ist: In der Anzeige vom 12. Juni befanden sich bereits Teile der Rede, die Bundesinnenminister Schröder am 13. Juni gehalten hat, z.B. die Behauptung, die SPD habe von den Kommunisten die Parole vom "nationalen Notstand" übernommen, die Unterstellung, Dr. Dr. Heinemanns "Gesamtdeutsche Rundschau" habe die Idee der Plakatierung der Namen der Bundestagsabgeordneten, die der Atombewaffnung zugestimmt haben, aus dem Osten und schliesslich die Fest-

stellung, Herbert Wehner habe sich gegenüber früheren kommunistischen Versuchen, eine Volksbefragung durchzuführen, ablehnend verhalten. Diese "Argumente" Dr. Schröders, mit der er auf die Sozialdemokraten einzuwirken versuchte, von ihrer Absicht der Volksbefragung abzulassen, konnte man am Tage zuvor als bezahlte Anzeige eines unbekanntem "Arbeitskreises" bereits in der Zeitung lesen.

"Gemeinsame Quelle"

Was die Namensliste anbetrifft, so stellt sie geradezu ein Musterbeispiel für die Unsachlichkeit und Leichtfertigkeit dar, mit der in CDU-Kreisen gegen politische Gegner operiert wird. Eine solche Liste wurde in verschiedenen Publikationen veröffentlicht, u.a. auch in dem SED-Organ "Neues Deutschland". Durch Vergleiche stellte man bei den Anschriften gleichartige fehlerhafte Angaben fest. "Nicht einmal die Anschrift des Bundeskanzlers haben sie richtig gedruckt" - er wohnt Zennigsweg und nicht Zennisweg - heisst es in der Anzeige. Man schliesst daraus, dass "die Proskriptionsliste aus einer gemeinsamen Quelle" kommt und stellt fest: "Nicht immer ist ein so präziser Nachweis aus der Sache selbst möglich". Nun ergab sich aber, dass alle Fehler sich auch im Handbuch des Bundestages (erschienen im Ernst-Klett-Verlag, Stuttgart) befinden, aus dem die Namen offensichtlich mit allen Fehlern herausgeschrieben worden waren.

Differenzierung als "Argument"

Welch eine Blamage! Dr. Schröder hat zwar diesen Punkt wohlweislich im Bundestag nicht auch zur Sprache gebracht. Seine Ausführungen veranlassten die sozialdemokratische Fraktion aber bekanntlich, aus Protest gegen die verleumderischen Unverstellungen den Sitzungssaal während des Fortganges seiner Rede zu verlassen. Der vorliegende Beweis für die Leichtfertigkeit, mit der im Innenministerium - und wohl auch im Presse- und Informationsamt - "Material" gegen den politischen Gegner zusammengestellt und unter Einsatz bedeutender Mittel in die Öffentlichkeit gebracht wird, bestätigt die Richtigkeit ihres Vorgehens.

Vielles deutet im Übrigen daraufhin, dass die CDU unter Führung Adenauers in zunehmendem Masse auf eine Versteifung des innenpolitischen Klimas hinzuwirken versucht. Indem diese Partei sich mit dem Staat gleichsetzt, stellt sie ihre politischen Gegner so hin, als bedeute die Übertragung politischer Verantwortung an sie den "Untergang". Es ist kennzeichnend für die Situation, in der wir uns befinden, dass der Innenminister die ihr von Amts wegen zur Verfügung stehenden Akten zu derartigen fragwürdigen Praktiken verwendet und derartig unmögliche Schlussfolgerungen zieht.

+ + -

Verschärfung des Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen

sp. - Der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Lande der Bundesrepublik, spitzt sich zu, wird härter. Alle Parteien, die sich um die Sitze im Düsseldorfer Landtag bewerben, werfen ihre Prominenz in die Wahlschlacht. Nur drei Parteien, die SPD, die FDP und die CDU, haben die Gewissheit, in den Landtag einzuziehen; die übrigen dürften an der für sie unüberschreitbaren Fünf-Prozent-Klausel scheitern. Der Hauptkampf spielt sich zwischen den Sozialdemokraten und der CDU ab. Diese Partei setzt alles daran, den vor zwei Jahren gestürzten Ministerpräsidenten Karl Arnold, der sich auf Bundesebene nicht recht durchzusetzen vermochte, wieder in seine frühere Position zurückzubringen. Es wird ein hartes Kopf-an-Kopf-Rennen geben und die Gewissheit darum lässt die Wahlstrategen ihre Bemühungen verdoppeln.

Hinter der Sozialdemokratie stehen die arbeitenden Massen des Ruhrgebietes und die Leistungen der Regierung Steinhoff, von denen selbst ihre grössten Gegner sagen müssen, dass sie keine Angriffsflächen bietet. Weit über die Kreise seiner unmittelbaren Anhänger hinaus genießt Steinhoff Ansehen und Sympathie, hat er es doch verstanden, durch eine Politik der sicheren Zielsetzung und klugen Zurückhaltung in den grössten Industriegebiet der Bundesrepublik den Arbeitsfrieden zu bewahren und konfessionelle Gegensätze durch seine Verträge mit den Kirchen auszugleichen.

Die CDU und ihre Trabanten haben an konstruktiver Kritik nichts aufzuweisen, umso mehr turmeln sie sich dafür auf dem Felde der Demagogie und Unterstellungen. Die Angst vor der Sozialdemokratie ist sogar so gross, dass sie die Christdemokraten dazu verleitet, einwandfrei als Kommunisten bekannte, aber unter der Tarnung der Unabhängigkeit segelnde Kandidaten zu unterstützen. So stimmten die Vertreter der CDU in den Ausschüssen zahlreicher nordrhein-westfälischer Wahlkreise für ehemalige Mitglieder und Funktionäre der verbotenen ehemaligen KP, die sich dort als "unabhängige" Kandidaten beworben. Dies geschah in Düsseldorf-Stadt, Dortmund und vielen anderen Wahlkreisen mit dem offensichtlichen Zweck, den Sozialdemokraten Stimmen, und sei es auch durch kommunistische Schützenhilfe, abzugewinnen. Dies wiederum aber hält den Bundeskanzler Dr. Adenauer als den geistigen Vater der CDU-Wahlstrategie nicht davon ab, die Schreckensurteile von Budapest in nicht mehr zu überbietender Demagogie zu parteipolitischen Zwecken zu missbrauchen. Sein in diesen Tagen an alle Haushaltungen in Nordrhein-Westfalen verschickter Wahlbrief zerstört ein für allemal den Ruf, den aufzubauen er sich so bemühte, er wäre seit Bismarck der grösste deutsche Staatsmann; dieses Pamphlet enthüllt ihn für alle Zeiten als einen kleinlichen Parteiagitator mit sehr entfernten Beziehungen zur Wahrheitsliebe.

Auch im Ausland findet der seinen Höhepunkt zustrebende Wahlkampf an Rhein und Ruhr immer stärkere Beachtung und vielen Beobachtern ist auch die Nervosität und Unsicherheit der CDU-Führung über den Ausgang dieses Ringens, an dem ein Drittel der bundesrepublikanischen Wählerschaft beteiligt ist, nicht entgangen. Die Mitternachtsstunden des 6. Juli werden Aufschluss geben über die politische Kräfteverteilung in unserem Volk und darüber, ob die Mehrheit der Wähler die politische Einsicht aufbringt, die deutsche Beteiligung am Rüstungswettlauf in atomaren Waffen durch ein "Ja" zur Regierung Steinhoff-Weyer zu stoppen. Die CDU-Führung hat schon ihre Gründe, weshalb sie ihren Atomapostel Strauss in diesem Wahlkampf im Hintergrunde lässt. Sein Auftreten würde ihre ohnehin sehr geschälerten Chancen, die Regierung Steinhoff zu überrunden, noch weiter verringern.

Indien sucht einen Ausweg

I.D. Indiens Zukunft- das ist die erste Sorge eines jeden Inders, der Freiheitskampf und erste zehn Jahre der politischen Unabhängigkeit seines Landes bewusst miterlebte. Die Probleme Indiens - der unbesiegte Hunger, die grenzenlose Not vieler Tausender - sind einer Lösung ebenso fern wie einst die Erringung der politischen Freiheit.

Zu den führenden Politikern Indiens gehört Jayaprakash Narayan, Mitbegründer der sozialistischen Partei und jetziger Mitarbeiter an der vom Gandhi-Jünger Vinoba ins Leben gerufenen Landschenkungs-Bewegung. Er benutzte seinen kürzlichen Deutschland-Besuch, um die der Landschenkungs-Bewegung zugrundeliegenden Ideen zu erläutern, von denen er glaubt, dass nur sie die grosse Veränderung im indischen Alltag herbeiführen werden. Die freiwillige Abgabe von Land an landlose Bauern, die Vinoba von den Besitzenden fordert, könne Lebensformen entwickeln, in denen die Menschen miteinander, nicht gegeneinander leben. Der bisherige reale Erfolg der Landschenkungs-Bewegung lässt sich in der Verteilung von fünf Millionen Morgen Land und der Umwandlung von 4 000 Dörfern in genossenschaftliche Anwesen zusammenfassen. Gemessen an den Schwierigkeiten auf dem Land sind diese Erfolge gering - geringer als man erwartet hatte, wie Narayan bestätigt.

Es scheint als fehlte den indischen Massen das rechte Verständnis für Vinobas Bemühungen. So ist jeder Erfolg stets sein persönlicher Sieg. Verlässt er eine Ortschaft, in der er gewirkt hat, bleibt dort wenig von seinen Ideen erhalten. Genau so aber ist es mit den politischen Parteien, deren Ziele und Absichten viel zu kompliziert sind, um tatsächlich den Massen nahegebracht zu werden. Nehrus Kongresspartei wird noch als die Bewegung angesehen, die den Kampf um die Freiheit erfolgreich führte. Doch schon wächst eine Generation heran, die nichts oder nur wenig weiss von diesem Kampf, nur noch Nehru als den Repräsentanten dieser Zeit zu ehren bereit ist. So geht es Nehru ähnlich wie Vinoba: Überall dort, wo er kämpft gewinnt er Anhänger. Seine Partei aber, wenn sie sich wie bei Landtagswahlen ohne ihn zu behaupten sucht, müht sich oft vergebens, Begeisterung für ihre Sache zu entfachen.

So spalten sich dann die Stimmen des indischen Volkes in kleine und kleinste einander befehdende Gruppen auf, denen es mit Hilfe einer Persönlichkeit gelingt, Stimmen zu erobern. Die Kommunisten sind unter diesen kleinen Parteien der stabilste Faktor, der nun auf nationaler Ebene zur offiziellen Opposition heranzureifen droht. Die fest im Sattel befindliche kommunistische Regierung in der Provinz Kerala, die jetzt durch eine Nach-

27. Juni 1958

wahl - wenn auch mit reduzierter Mehrheit - bestätigt wurde, gibt ihr dafür die moralische Stütze.

Noch gibt es zwei sozialistische Parteien in Indien, deren Trennung erst vor vier Jahren auf Grund von Meinungsverschiedenheiten ihrer führenden Persönlichkeiten vollzogen wurde. Der größte Teil der Mitgliedschaft fordert eine neuerliche Fusion, aber es scheint auch ihnen das Spalten leichter als das Vereinigen. Dagegen hat es jetzt zwischen den Parlamentsabgeordneten dreier Parteien eine Vereinigung ihrer parlamentarischen Gruppierungen gegeben. Die Abgeordneten der Frage Sozialistischen Partei, der Ganatantra Parishad Partei und der Vereinigten Fortschrittlichen Gruppe haben sich "auf der Grundlage des Sozialismus und der Demokratie" zusammengefunden, um - zunächst nur im Parlament - eine einzige Opposition zu bilden. Diese Opposition eint der Wille zum Aufbau Indiens, das Bewusstsein des Fehlens einer wirklichen politischen Gruppierung gegenüber Nehrus Kongress-Partei und der Kampf gegen den Kommunismus, den die schlechten Verhältnisse im Lande zweifellos begünstigen. Ihr Angebot, um des Landes Fortschritt willen mit Nehru zusammenzuarbeiten, gewinnt nach dieser Vereinigung an Gewicht. Noch allerdings scheint Nehru seine Hoffnungen allein auf seine eigene Partei zu gründen, denn nichts lässt darauf schließen, dass er das Angebot ernst nimmt.

Nehrus Absicht, endlich von seinem schweren Amt zurückzutreten, ist nach Ansicht Narayans, den man in vielen Kreisen Indiens als den künftigen Regierungschef Indiens nennt, ernst gewesen. Die ungeheure Last der Verantwortung durch die vielen schweren Jahre hindurch hat auch ihn ausgepumpt und an Tücken ärmer gemacht. Nehru weiss das selbst am besten, und seine Hilflosigkeit, Indien keinen entscheidenden neuen Weg gewiesen zu haben, mag ihn zu diesem Schritt bestimmt haben. Wenn er den Drängen seiner Partei nachgab und nicht zurücktrat, so nur, weil er erkannte, dass ohne ihn die Kongresspartei in ein Nichts zu zerfallen und das Schicksal Indiens doch ungewisser zu werden droht.

Dieses Tages wird jedoch ein Nachfolger bestimmt werden müssen. Heute könnte Nehru ihm noch mit Rat und Tat zur Seite stehen. Und schliesslich könnte er sich anderen Aufgaben widmen - vielleicht denen der Konsolidierung seiner Partei und dem Tücken des Sozialismus, die ihr zugrunde liegen sollen; möglicherweise unter Einbeziehung des Angebotes der sozialistischen Opposition zur Zusammenarbeit. Denn Indien bedarf noch starker Gruppierungen, wenn die Entwicklung des demokratischen Systems weder in Anarchie noch im Kommunismus enden soll.

Stacheldraht und Todeszone

Eine Reportage von Günther Paschner

In einem Tal zwischen Frankenwald und Thüringer Wald wohnen zwei Brüder. Jeder auf seinem Hof. Am Abend liegen sie oft in den Fenstern. Der eine hüben, der andere drüben. Schweigend sehen sie sich eine zeitlang an. Keiner sagt ein Wort. Kein Gruss wird gewechselt. Ein Stacheldrahtverhau steht zwischen ihnen. Er zeigt die Grenze zwischen den beiden Welten an, die das Drüben vom Hüben trennt. Der Bruder auf der anderen Seite wagt nicht, eine Reaktion zu zeigen, die die auf Beobachtungsposten und in getarnten Unterständen lauern- de Volkspolizei oder einer der zahllosen Spitzel und Denunzianten als politische Provokation und pro-westliche Demonstration auffassen könnte.

Seit 1952 bewachen 46 000 Grenzpolizisten der sowjetzonalen Volkspolizei die 1329 km lange Demarkationslinie von Lübeck bis Hof, die seit einem Jahr im partei- und regierungsoffiziellen Sowjet- zonen Jargon im Zuge der Anerkennungs-Bemühungen der sogenannten DDR zur "Staatsgrenze" aufgerückt ist. Auf 440 km Länge ist die Zonen- grenze durch Stacheldrahtverhaue besonders abgedichtet. Material- mangel hat die Zonenbehörden bis jetzt daran gehindert, den Stachel- draht auch entlang der restlichen Grenzkilometer zu ziehen. 400 Wach- türme sind von der Bundesrepublik aus erkennbar. Gut versteckt ra- gen sie meist nur wenig über die Baumkronen hinaus. Wie schon 1700 Jahre zuvor beim Lines der römischen Besatzer stehen sie untereinan- der in Blinkverbindung. Hunderte von Erdbunkern, in denen die Vopc alle Bewegungen an der Grenze bei Tag und Nacht überwacht, und eine unbekannte Zahl von Sicherheitsvorrichtungen aller Art - Gruben, Wälle, spanische Reiter, Baumsperrn, Selbstschüsse, Stolperdrähte, Alarm- vorrichtungen - helfen dem Regime, dass nicht einmal eine Maus un- bemerkt hinüberwechseln kann.

Gesperrtes Niemandsland

Seit der Sowjetzonen-Ministerrat am 26. Mai 1952 eine "Verord- nung über Massnahmen an der Demarkationslinie" erlassen hat, ist der illegale Grenzübertritt nahezu unmöglich gemacht. Folge dieser "Ver- ordnung" war nämlich, dass unmittelbar hinter dem Stacheldrahtzaun auf sowjetzonaler Seite ein zehn Meter breiter Kontrollstreifen ange- legt worden ist, der vor allem der Spurensicherung dient. Quer durch Dörfer, Acker, Wiesen und Wälder zieht sich der Streifen als weithin sichtbares Symbol eines gespaltenen Volkes. Nur an besonders unzugäng- lichen Stellen, an übersteilen Hängen oder auf Fels haben die Zonen- nachhaber auf die Anlage des Kontrollstreifens verzichtet, der - gepflügt und geeggt - peinlich sauber gehalten wird.

Diese sichtbaren Hindernisse - Stacheldraht und 10-Meter-Streifen aber bilden die geringsten Widerstände beim Grenzübertritt. Wenn ein Grenzgänger die wie zum Hohn auf die deutsche Einheit schwarz-rot- gold gestrichenen Pfähle hinter dem Kontrollstreifen passiert hat, befindet er sich in der 500-Meter-Schutzzone, in der besondere Sicher-

bestimmungen gelten. Daran schliesst sich die 5-km-Sperrzone mit strengen Kontrollen an. Wer sich in diesem Gebiet aufhält, muss sich jederzeit einwandfrei ausweisen können. Jeder Fremde wird registriert. Polizeihelfer, von denen sich auch in der kleinsten Zonengemeinde mehrere befinden, melden der zuständigen Volkspolizei-Einheit sofort jeden Unbekannten.

Verlassene Dörfer und leerstehende, vielfach dem Verfall preisgegebene Häuser kennzeichnen die Sperrzone, auch Todeszone genannt. Bauern, die sich bei der Feldbestellung dem Kontrollstreifen nähern, meiden ängstlich jede Kontaktnahme über den Stacheldrahtverhau hinweg. Volkspolizei, meist vom Westen aus nicht sichtbar, lauert in Deckung. Das Verhalten der eingeschüchterten Zonenbevölkerung erinnert an scheues Wild. Sie grüssen und winken nicht herüber. Sie antworten nicht auf Anrufe. Gespenstisch wirkt das Niemandland des Kalten Krieges hinter der Demarkationslinie.

Stacheldraht - Symbol der Spaltung

Wer das Pech hat, in Mellrichstadt nördlich des Mains zu wohnen und in die Zone nach dem nahe gelegenen Eisenach oder Gotha reisen will, kann keineswegs auf direktem Weg zur Grenze fahren um dort irgendeinen Übergang zu benutzen. Den gibt es nämlich gar nicht. Er muss einen Umweg von 100 Kilometern über Hof machen. Seit 1952 sind endgültig vier Autobahnen, 32 Bundesstrassen, 66 Landstrassen erster und 57 Landstrassen zweiter Ordnung, sowie 25 Eisenbahnlinien gesperrt. Die Schienen der Eisenbahnlinien sind entfernt worden, die Strassen aufgerissen. Und überall Stacheldraht, das Symbol der Spaltung. Der gesamte Strassenverkehr durch den "Eisernen Vorhang" muss sich auf vier Strassenübergängen (von Norden nach Süden) abwickeln: Lauenburg - Horst, Helmstedt - Marienborn, Herleshausen - Wartha und Toepen - Juchhök. Sieben Eisenbahnübergänge sind für den Personen- und Güterverkehr übrig geblieben: Büchen - Schwanheide, Versfelde - Oebisfelde, Helmstedt - Marienborn, Walkenried - Ellrich, Bebra - Wartha, Ludwigsstadt - Probstzella und Hof - Gutenfürst. Als Reparationsmassnahme wurden in den Jahren nach 1945 von den Sowjets das zweite Gleis der Eisenbahnstrecken demontiert. Auf den eingleisigen Strecken wickelt sich heute nur noch ein Bruchteil des Verkehrs von früher ab. So verkehrten auf der Strecke Berlin - München, in deren Mitte der Zonenübergang Ludwigsstadt - Probstzella liegt, bis 1945 täglich 80 - 90 Zugpaare. Heute ist es ein gutes Zehntel dessen.

77 Landkreise und 21 kreisfreie Städte mit rund sechs Millionen Einwohnern gehören zu dem 40 km tiefen Zonenrandgebiet entlang der Grenze auf bundesrepublikanischer Seite. Sie leben im Schatten der Zonengrenze. Hierzu kommen noch 800 000 Einwohner in 20 Landkreisen und drei kreisfreien Städten des Randgebietes entlang der bayrisch-tschechischen Grenze. Die gesamte nach Mitteleuropa und den Ostgebieten orientierte Wirtschaft wurde durch Besatzungsdekret 1945 gewaltsam von ihren natürlichen Bezugs- und Absatzgebieten getrennt. Organisch gewachsene Verbindungen wurden zerschnitten, die Existenz der gesamten Wirtschaft am Lebensnerv bedroht. Neue Bezugsgebiete für Rohstoffe mussten gefunden werden, neue Absatzgebiete für die Produktion. Beim Rohstofftransport müssen Hunderte von Kilometern zusätzlicher Entfernung in Kauf genommen werden.

Das ist die Wirklichkeit

Da ist zum Beispiel die Glashütte Alexanderhütte im oberfränkischen Landkreis Kronach, der nach Norden tief in die Sowjetzone hineinreicht und mit wirtschaftlichen, kommunalen und sozialen Schwierigkeiten besonderer Art zu kämpfen hat. Die Glashütte hatte früher Eisenbahn-Werkeverbindung. Weil die von Süden kommende Bahn Zonengebiet berührt, bieten die Gleisanlagen heute ein unkrautüberwuchertes, beschauliches Idyll. Die Kohle muss jetzt über die Strasse herangeschaffen werden. Das ist dank der Erfindung des "Culemeyer" möglich, ein nach seinem Konstrukteur benannter Transporter, der es gestattet, beladene Eisenbahnwaggons luftbereit hinter einer Zugmaschine über die Strasse zu befördern. Die Frachtkosten-Verteuerung beträgt für die Glashütte allerdings 120 DM pro Tonne Kohle ...

Die Oberrealschule im Landkreis Kronach hatte bis Kriegsende durchschnittlich 350 Schüler. Heute sind es 800, weil einige der früher von der Jugend des Kreises besuchte Schulen im Zonengebiet liegen. Trotzdem aber ist die Kreisbevölkerung in den letzten Jahren von 81.000 auf 77.000 zurückgegangen. "Sozial-Erosion" nennen es die Behörden. Der Grund? Die Jugend rechnet sich in anderen Gegenden und Städten, insbesondere im Ruhrgebiet, bessere Verdienst- und Aufstiegschancen aus. Wichtige Wirtschaftszweige sind in ihrer Existenz bedroht, weil der Nachwuchs fehlt.

Was tut Bonn ?

Und was tun die verantwortlichen Regierungsstellen? Gemeinden und Kreise des Zonenrandgebietes haben seit zehn Jahren neue Erwerbsmöglichkeiten schaffen helfen, neue Strassen gebaut, weil die alten Verbindungswege durch die Zonengrenze zerschnitten worden sind, neue Versorgungs- und Energiequellen offen gelagt. Aber das alles hat im Höchstfalle die äusserste Not gelindert. Die Menschen, die im Zonenrandgebiet täglich durch Stacheldraht, gesperrte Strassen und stillgelegte Bahnlinsen an die Teilung Deutschlands augenfällig gemahnt werden, haben das Gefühl, dass Bonn müde geworden ist. Man spricht zwar von der Wiedervereinigung, aber man nimmt es als politisches Schlagwort, ohne konkrete politische Vorstellungen. Und was vielleicht noch schlimmer ist: ohne die Bereitschaft, tätige Anläufe zu schaffen. Denn dazu sind Millionen und Milliarden notwendig. Aber die Zonengrenze ist ja so fern und die Deutschen waren schon immer ein geduldiges Volk. Meint Landkreis Kronach-Landrat Dr. Emmert: "Die Hilfe aus Bonn ist in dem Masse ausgeblieben, wie wir sie erwartet haben". Und Wahlkreis-Abgeordneter Dr. Knorr (CSU) auf die anlässlich einer Pressefahrt gestellte Frage, wie er sich die Wiedervereinigung Deutschlands vorstelle: "In Frieden und Freiheit".

Schlagworte statt realer Vorstellungen, wortreicher Trost und Ausflüchte statt aktiver Hilfe. Wen wundert es da, wenn die Menschen an der Zonengrenze vorzweifeln und nicht mehr an den Tag glauben, da sie einige Hundert Meter oder ein paar Kilometer hinübergehen können ins Nachbardorf, von dem sie jetzt noch eine Welt trennt, um den Schulfreund aus glücklicheren Tagen oder den Bruder zu sprechen. Und wenn sie bei einem der nicht mehr sehr zahlreichen sportlichen oder kulturellen Kontaktnahmen mit Bewohnern der Zone zusammentreffen, verstärkt sich ihr Verdacht zur schmerzlichen Gewissheit. Die "drüben", die unter dem Regime leiden müssen, stellen - vielfach stumm - die Frage: Habt ihr uns vergessen und abgeschrieben ...? Vergessen über Kühlschranksraten, Urlaubsreisen, Lohnerhöhungen und Soraya-Memoiren? Wo bleibt die aktive Politik der Wiedervereinigung?

+ + +

Verantwortlich: Günter Markecheffel